

Peter Gluchowski **Zurück –
aber nicht
rückwärtsgewandt**

**Die Mongolische Revolutionäre Volkspartei
erneut an der Macht**

Das Ergebnis der mongolischen Parlamentswahl vom 2. Juli 2000 markiert eine deutliche Abkehr der Wähler von der politischen Formation, die sie vor vier Jahren mit überwältigender Mehrheit gewählt hatten. Die Mongolische Revolutionäre Volkspartei (MRVP) gewann 72 der 76 Sitze im Großen Staatshural. Sie hat damit im neuen Parlament eine verfassungsändernde Mehrheit und ist die einzige Partei mit Fraktionsstatus. Die Partei, die die Mongolei in der sozialistischen Periode seit 1924 lenkte und auch nach dem demokratischen Wechsel nach 1990 zunächst an der Macht blieb, war 1996 vom Wahlbündnis der Demokratischen Union (DU) in die Oppositionsrolle verwiesen worden. Nun vollzogen die Wähler die zweite gravierende politische Veränderung seit der demokratischen Wende. Die Parteien der Demokratischen Union erlitten ein Wahldesaster. Die Nationale Demokratische Partei (MNDP) konnte nur einen Kandidaten, die Sozialdemokratische Partei (MSDP) gar keinen Kandidaten mehr durchbringen. Zwei neue Parteien, die Mongolische Demokratische Neue Sozialistische Partei (MDNSP) und die Partei der Zivilcourage (PCC), stellen jeweils einen Abgeordneten. Darüber hinaus gelangte noch ein unabhängiger Kandidat ins Parlament. Eine Opposition ist mit diesen vier Kandidaten aus unterschiedlicher politischer Richtung praktisch kaum mehr existent.

■ **Die Ausgangslage
vor der Wahl**

Seit 1990 vollzieht die Mongolei den Weg zum Mehrparteiensystem und zu demokratischen Wahlen. Die

Formal markiert die Parlamentswahl vom 2. Juli 2000 eine Rückkehr der mongolischen Wähler zu früheren Verhältnissen: Die Mongolische Revolutionäre Volkspartei, die erst 1996 vom Wahlbündnis der Demokratischen Union von der Macht verdrängt wurde, gewann 72 der 76 Parlamentssitze. Die Wähler wählten jedoch eine reformierte Partei, die den Kurs der Demokratisierung des Landes, der Weiterentwicklung des marktwirtschaftlichen Systems und der außenpolitischen Öffnung unbeirrt fortführen will. Der in seiner Mehrheit durch das Mehrheitswahlrecht besonders begünstigte Sieg der Reformkommunisten wurde dadurch möglich, dass die Wähler die Regierung der Demokratischen Union abstrafen wollten. Die Tatsache, dass sich die MRVP in der Opposition erneuerte und dass die Wähler auf Versäumnisse und Fehler ihrer Regierung mit der Wahl dieser Partei reagierten, ist ein Anzeichen dafür, dass Demokratie in der Mongolei funktioniert.

jungen Kräfte der Demokratiebewegung, die Anfang des Jahrzehnts durch Hungerstreiks die kommunistische Mongolische Revolutionäre Volkspartei zur Einführung des Mehrparteiensystems gezwungen hatten, konnten sich zunächst jedoch nicht durchsetzen. Dies gelang erst nach Einigung der zersplitterten politischen Richtungen der Demokratiebewegung¹⁾ und vor allem dadurch, dass sich die beiden größten ihrer Parteien, die Mongolische Nationale Demokratische Partei und die Mongolische Sozialdemokratische Partei, bei der Parlamentswahl von 1996 mit zwei kleineren Parteien zum Wahlbündnis der Demokratischen Union zusammenschlossen.

1) Vgl. W. M. Prohl, „Die demokratische Opposition in der Mongolei“, in *KAS-Auslandsinformationen*: No. 5/96 und ders., „Die Parlamentswahlen in der Mongolei am 20. Juni 1996“, in *KAS-Auslandsinformationen*: No. 8/96.

2) Vgl. W. M. Prohl, „Die Parlamentswahlen“.

Am 30. Juni 1996 konnte die DU die langjährig regierende Mongolische Revolutionäre Volkspartei von der Macht ablösen. Politiker der MNDP und MSDP eroberten 50 der 76 Parlamentssitze²⁾. Nach der Regierungsübernahme schienen zunächst die Voraussetzungen für Regierungserfolge gut. Die jungen demokratischen Parteien waren außerordentlich motiviert, die Politik der Mongolei nach ihren Vorstellungen zu verändern. In einem Sofortprogramm begann der neue Ministerpräsident M. Enkhsaikhan eine konsequente Schocktherapie, die auf rasche wirtschaftliche Fortschritte ausgerichtet war. Kernpunkte seiner Politik waren die Freigabe der Preise, insbesondere im bis dahin erheblich subventionierten Energiesektor, die Beschleunigung der Privatisierung, die Liberalisierung des Außenhandels, eine Änderung des Steuerrechts und die Senkung der Zölle. Diese Reformen schienen zu greifen, denn im Jahre 1997 stellte sich ein leichtes Wachstum der industriellen Produktion und des Bruttoinlandsprodukts ein. Die internationale Gemeinschaft der Geberländer honorierte die konsequente Reformpolitik mit der Zusage von 250 Millionen Dollar weiterer Entwicklungshilfegelder – dem höchsten Betrag, der der Mongolei seit der politischen Wende 1990 vom Ausland bereitgestellt wurde. Auch die Weltbank und der Internationale Währungsfond unterstützten den Reformkurs.

Wie in anderen Ländern des ehemaligen kommunistischen Blocks brachte die Umgestaltung der Wirtschaft jedoch auch soziale Härten mit sich. Den drastischen Preiserhöhungen standen keine entsprechenden Einkommenszuwächse gegenüber, und die Realeinkommen der Bürger sanken erheblich.

Hinzu kam, dass zahlreiche völlig veraltete und bankrotte Klein- und Mittelbetriebe sich im Privatisierungsprozess als nicht überlebensfähig erwiesen und viele Menschen aus dem Arbeitsprozess freigesetzt wurden. Insbesondere in ländlichen Gemeinden nahm die Arbeitslosigkeit deutlich zu. Mehr und mehr Mongolen fielen unter die Armutsgrenze. Die Regierung setzte darauf, mit konsequenter Fortführung der Reformen ein rasches Wirtschaftswachstum herbeiführen und damit die Armut bekämpfen zu können. Im Verlauf der Legislaturperiode verlor jedoch der Reformprozess durch mehrfache Regierungswechsel und andere politische Ereignisse erheblich an Dynamik.

■ **Mangelnde Kohäsion
der Regierungsparteien:
Die Destabilisierung und der Zerfall
der Demokratischen Union**

Bereits im Oktober des Jahres verloren die DU-Parteien die Kommunalwahlen und im Mai 1997 die Präsidentschaftswahlen. Diese Verluste wurden auch im eigenen Lager weitgehend Enkhsaikhans Politik zugeschrieben. Seine Regierung geriet deshalb auch hier zunehmend unter Druck. Im Oktober 1997 hatte diese dann ihr erstes von der MRVP-Opposition angestrebtes Misstrauensvotum zu bestehen. Es war nicht erfolgreich, weil der Zusammenhalt bei den Parlamentariern der DU-Abgeordneten zu dieser Zeit noch ausreichte. Im April 1998, als ein weiteres Misstrauensvotum bevorstand, wurde Enkhsaikhan jedoch von Gegnern in den eigenen Reihen gestürzt. Der damalige Ministerpräsident der DU wurde im eigenen Lager vor allem deswegen kritisiert, weil er seine Politik nach Auffassung vieler nicht ausreichend mit den Parteien der Union und der Fraktion abstimmt.

Die Ablösung Ekhsaikhans leitete eine Phase der Destabilisierung der DU-Koalition ein, in deren Verlauf zwei weitere Regierungswechsel folgten. Sein Nachfolger Ts. Elbegdorj hielt sich nur gut drei Monate im Amt. Die von ihm erwartete Wende zur Verlangsamung und Abschwächung der Reformen zugunsten einer stärkeren Betonung der Sozialpolitik fand nicht statt. Danach kamen auch die Reformbemühungen selbst erheblich ins Stocken, weil fast

ein halbes Jahr keine neue Regierung zustande kam. Andauernde, heftige Personaldebatten innerhalb der Koalition, in welchen jede der verschiedenen Interessengruppen ihren Favoriten ins Spiel bringen wollte, waren eine Ursache. Erschwert wurde die Suche nach einem mehrheitsfähigen Kandidaten aber auch ganz erheblich dadurch, dass der aus dem orthodoxen Lager der MRVP stammende Staatspräsident N. Bagabandi sein Recht zur Mitwirkung bei der Regierungsbildung – er schlägt nach der mongolischen Verfassung formal den Kandidaten dem Parlament zur Wahl vor – sehr extensiv auslegte und die im mühsamen Kompromiss gefundenen Kandidaten immer wieder ablehnte. Auf diese Weise scheiterten fast ein Dutzend Personalvorschläge der DU.³⁾

3) So wurde z.B. der von der Koalition als Kandidat benannte MNDP-Politiker und Wirtschaftsfachmann Da. Ganbold insgesamt sieben Mal vom Präsidenten abgelehnt.

Erst im Dezember 1998 wurde J. Narantsratsal als Kompromisskandidat zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Aber auch er hielt sich nur bis Ende Juli 1999 und wurde dann im August von R. Amarjargal abgelöst.

Elbegdorj und Narantsratsal stürzten zwar aus politischen Anlässen – der eine über eine Bankenkrise, der andere über einen Brief, den er im Zusammenhang mit der Privatisierung der Kupfermine Erdenet ohne Abstimmung mit den zuständigen Behörden an die russische Regierung geschrieben hatte – letztlich scheiterten sie aber an der mangelnden Kohäsion innerhalb ihrer Fraktion. Sie wurden abgelöst, weil die Abgeordneten und Regierungsmitglieder aus den eigenen Reihen ihnen die Unterstützung versagten. Auch unter dem vierten Ministerpräsidenten Amarjargal, der ohne Schwierigkeiten bis Ende der Legislaturperiode regieren konnte, blieb die Kohäsion in der Demokratischen Union eher schwach.

Unter Druck geriet letztere außerdem noch durch zwei weitere Ereignisse: Anfang Oktober 1998 wurde der MNDP-Politiker und Vorkämpfer der Demokratiebewegung, S. Zorig, brutal ermordet. Er hatte damals gute Chancen, Nachfolger von Elbegdorj zu werden. Der Mord wurde nicht aufgeklärt, und dadurch entstanden immer wieder Gerüchte darüber, dass im Umfeld der MNDP politische Motive hinter dem Mord stehen könnten, und deshalb die Regierung an der Aufklärung kein Interesse habe. Im Frühjahr 1999 wurden dann drei MNDP-Abgeordnete der Korruption angeklagt und später rechtskräftig

tig verurteilt. Beide Vorfälle beschädigten das Ansehen der jungen Parteien, die seit Anfang der neunziger Jahre angetreten waren, eine ehrlichere Politik zu betreiben, schwer.

Am Ende zerbrach das Wahlbündnis ganz. Im Frühjahr 2000 lösten sich einige Parlamentarier aus der DU. Abtrünnige Abgeordnete der MNDP gründeten die Partei der Zivilcourage (PCC) und die Mongolische Demokratische Partei (MoDP), einige Mitglieder der MSDP die Neue Sozialdemokratische Partei (MNSDP). Diese Parteien machten bei der Wahl den Regierungsparteien MNDP und MSDP Konkurrenz. Schließlich konnten sich auch MNDP und MSDP nicht mehr auf die Fortsetzung ihres Wahlbündnisses einigen. Im Vorfeld der Wahl hatte die MSDP eine Änderung des Wahlgesetzes vorgeschlagen, die auf die Einführung eines modifizierten Verhältniswahlrechts hinauslief. Sie fand aber in der MNDP dafür keine ausreichende Unterstützung. Danach gab es in der MSDP keine Mehrheit mehr für die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der MNDP.

Infolge ihrer Zersplitterung kam der Wahlkampf der Parteien der ehemaligen DU-Koalition nur schleppend in Gang. Die Abspaltungen PCC, MoDP und MNSDP machten zwar relativ früh gegen ihre ehemaligen Mutterparteien mobil, konnten aber aufgrund ihrer schwachen finanziellen Ausstattung keinen effizienten Wahlkampf gestalten. Der Wahlkampf der beiden Regierungsparteien wurde dadurch verzögert, dass die MSDP ihre Entscheidung über eine Fortsetzung des Wahlbündnisses erst kurz vor Beginn der gesetzlichen Frist für die Nominierung der Kandidaten traf und die MNDP relativ untätig auf diese Entscheidung wartete. Als diese fiel, konnte die MSDP allerdings mit einem relativ geschlossenen Wahlkampfkonzept aufwarten. Die MNDP brachte dagegen landesweit kein schlüssiges Wahlkampfkonzept mehr zustande. Sie hoffte vielmehr, das schlechte Image der Partei im Wahlkampf durch die große Anzahl von bekannten Politikern neutralisieren zu können. Deshalb überließ sie den Wahlkampf in sehr großem Maße den Kandidaten und setzte darauf, dass diese sich durch ihren persönlichen Stil in ihren Wahlkreisen durchsetzen würden.

Insgesamt war durch die Vorgänge der letzten beiden Jahre der Legislaturperiode das öffentliche An-

sehen der Parteien der DU tief gesunken. In Umfragen hatten sie bereits zum Zeitpunkt der Ablösung Elbegdorjs keine Mehrheit mehr, und sie konnten sich davon in der Folgezeit nicht mehr erholen. Im Vorfeld der Wahl wurden sie kaum noch für fähig gehalten, die drängenden Probleme des Landes zu lösen. Besonders wurde ihnen angelastet, keine wesentlichen Fortschritte bei der in ihrem Regierungsprogramm versprochenen Beseitigung der Armut erzielt zu haben.

■ **Erneuerung in der Opposition: Der Wandel der Mongolischen Revolutionären Volkspartei**

Nach dem Regierungswechsel von 1996 wurde von politischen Beobachtern erwartet, dass sich die MRVP, die gewohnt war, Regierungspartei zu sein, nur schwer in die Oppositionsrolle hineinfinden werde. Dies war auch zunächst der Fall, denn die Partei suchte im Parlament anfangs nur wenig die Sachauseinandersetzung, sondern betrieb eine Blockadepolitik, die darin bestand, das Parlament über weite Strecken handlungsunfähig zu machen. Die während der Legislaturperiode gültige Verfassungsregelung sah vor, dass zur Beschlussfähigkeit des Parlaments zu Beginn der Sitzungen mindestens zwei Drittel der Abgeordneten anwesend sein müssen. Der DU fehlte dafür ein Mandat, und die MRVP benutzte dies dazu, bei der Abstimmung ihr nicht genehmer Reformvorhaben nicht zu den Sitzungen zu erscheinen. Das Parlament war damit nicht beschlussfähig. Bereits bei der Eröffnung des Parlaments wandte die MRVP diese Strategie an. Sie blockierte vier Tage lang das Parlament, weil sie die Ämter des stellvertretenden Parlamentspräsidenten und zweier Ausschussvorsitzender für sich beanspruchte⁴⁾. Ihren Höhepunkt erreichte die Blockadestrategie im Jahre 1998, als die MRVP 18 von 73 Sitzungen, also einem Viertel aller Parlamentssitzungen, fern blieb. Mit diesem Verhalten trug sie dazu bei, dass die DU, die über weite Strecken des Jahres ohnehin mit der Lösung ihrer Regierungskrise beschäftigt war, wenig von ihren Reformvorhaben umsetzen konnte.

Danach jedoch wandelte sich die Minderheitsfraktion des Parlaments mehr und mehr zu einer politi-

28

4) Vgl. W. M. Prohl, 1996, „Die Parlamentswahlen“, S. 90.

schen Kraft, die Schwächen der Regierung thematisierte und im Parlament, aber auch in der mongolischen Presse offensiv die Sachauseinandersetzung suchte. Dies hängt vor allem mit ihrem Führungswechsel und ihrer programmatischen Erneuerung zusammen. Bereits Ende Juli 1996 tauschte sie ihr gesamtes Führungsgremium aus. Generalsekretär wurde N. Enkhbayar, ein Vertreter des Modernisierungsflügels seiner Partei, der sich in den folgenden Jahren immer stärker gegen den noch starken orthodoxen Flügel der MRVP durchsetzen konnte. Im Sommer 1997 wurde er Partei- und Fraktionsvorsitzender. Danach entwickelte er sich zur Schlüsselfigur, die die Partei grundlegend reformierte. Unterstützt wurde er dabei durch seinen Nachfolger im Generalsekretärsamt der Partei, L. Enebish, einem regierungserfahrenen Politiker, der ebenfalls dem Reformflügel der Partei angehört. Unter Leitung dieser beiden zentralen Figuren wurde das Parteiprogramm erneuert und die politisch-ideologische Grundlage der Partei neu bestimmt. Die Partei wandelte sich dabei zum großen Teil von einer zu Anfang der Legislaturperiode noch relativ stark geprägten marxistisch-leninistischen Partei zu einer Mitte-Links-Partei nach ihrem neuen Vorbild der britischen Labour Party unter Tony Blair. Dadurch stieg das öffentliche nationale und internationale Ansehen der MRVP beträchtlich. 1999 gelang es ihr, Mitglied der Sozialistischen Internationale zu werden. Besonders im Wahljahr konnte Enkhbayar auch internationale Beobachter immer wieder davon überzeugen, dass seine Partei den eingeschlagenen Kurs seines Landes zur Demokratisierung beibehalten und konsequent weiterführen will.

Der Wahlkampf der MRVP war eine konsequente Fortführung ihrer Oppositionsstrategie. Bereits seit Anfang des Jahres 2000 transportierte sie verstärkt Argumente über die Fehler und Versäumnisse der DU-Koalitionsregierungen. Verbunden waren diese Argumente meistens mit Aussagen über den Niedergang der öffentlichen Ordnung in vielen gesellschaftlichen Bereichen und vor allem mit der anhaltenden Armut. Ekhbayar, der als Spitzenkandidat fungierte, war die Person, die diese Argumente besonders wirkungsvoll in Szene setzen konnte. Andere Politiker der MRVP nahmen seine Linie konsistent auf, sodass

die Partei praktisch mit einer Stimme sprach. In ihrem früh bekannt gegebenen Wahlprogramm, das als ein Zukunftsprogramm konzipiert war, betonte sie die Beibehaltung der Politik zur politischen und wirtschaftlichen Transformation der Mongolei, legte dabei aber ein besonderes Schwergewicht auf die sozialpolitische Absicherung des Transformationsprozesses. Der Wahlkampf wurde von der MRVP zentral und mit außerordentlich großem finanziellen Aufwand geführt. Als vorrangige Zielgruppe wurden junge Menschen definiert. Die Partei produzierte nur ein einziges Plakat, das eine Gruppe bekannter junger Künstler aus der Musikszene darstellte, die um die übergroßen Buchstaben des mongolischen Parteinamens „MAXH“ herum gruppiert waren. Dieses Plakat wurde in sehr großer Stückzahl verbreitet und dominierte vor der Wahl sowohl in den großen Städten als auch in den ländlichen Regionen. Es übernahm im Wahlkampf eine Leitfunktion für die visuelle Imagebildung der Partei.

Am Ende der Legislaturperiode erschien die MRVP den mongolischen Wählern wieder als eine wählbare Partei. Umfragen der angesehenen Sant Maral-Stiftung zufolge hatte sie kurz vor der Wahl in allen wichtigen Problemfeldern die Problemlösungskompetenz und konnte mit einem prozentualen Stimmenanteil von über 50 Prozent rechnen.

■ Die Parteienlandschaft vor der Wahl

Nach der Verfassung von 1992 ist die Mongolei eine parlamentarische Demokratie mit einem Einkammerparlament (Großer Staatshural) und einem direkt gewählten Staatspräsidenten, der weitreichende Kontrollmöglichkeiten und Kompetenzen hat. Die 76 Abgeordneten des Großen Staatshurals werden alle vier Jahre neu gewählt.

In der Mongolei sind gegenwärtig 24 Parteien vom obersten Gericht zugelassen. Nur die MRVP existiert seit der im Jahre 1921 erreichten Unabhängigkeit des Landes. Alle anderen Parteien sind erst nach der demokratischen Wende von 1990 gegründet worden. Nur wenige haben bisher eine nennenswerte Rolle in der mongolischen Politik gespielt.

20 Parteien nominierten ihre Kandidaten zur Parlamentswahl, teilweise allein, teilweise in Wahlbünd-

nissen. In den Wahlkampf traten 13 Parteien und drei Parteikoalitionen. Die bedeutendsten unter ihnen waren die bisher im Parlament vertretenen Parteien MRVP, MNDP und MSDP. MNDP und MSDP hatten zusammen mit der Mongolischen Religiösen Partei (MRDP) und der Mongolischen Grünen Partei (MGP) bei der Vorwahl das Bündnis der Demokratischen Union gebildet. Sie traten diesmal getrennt an, die MNDP mit der MRDP als Wahlbündnis unter dem alten Namen Demokratische Union, die MSDP allein. Von den bisher nicht im Parlament vertretenen Parteien galten darüber hinaus die schon seit 1992 als Bourgeoise Partei bestehende und 1997 in Mongolische Republikanische Partei (MRP) umbenannte Partei des Unternehmers B. Jargalsaikhan und die Ende 1999 gegründete Mongolische Demokratische Neue Sozialistische Partei (MDNSP) des Unternehmers B. Erdenebat als chancenreich. Unterschiedlich wurden die Chancen der im Wahljahr neu gegründeten Parteien eingeschätzt, die sich aus der Demokratischen Union abgespalten hatten. Während die Partei der Zivilcourage (PCC), die mit der MGP ein Wahlbündnis einging, noch als relativ aussichtsreich galt, wurden die Aussichten für die Mongolische Demokratische Partei (MoDP) und die Mongolische Neue Sozialdemokratische Partei (MNSDP) eher als gering erachtet.

Neben den Kandidaten der Parteien und Wahlbündnisse traten noch 27 unabhängige Kandidaten zur Wahl an.

■ Das Wahlergebnis

Die Parlamentswahl vom 2. Juli 2000 ist die dritte nach Verabschiedung der neuen Verfassung von 1992. In 76 Wahlkreisen wurde jeweils ein Mandat nach dem Mehrheitswahlrecht vergeben. Um die 76 Mandate bewarben sich insgesamt 603 Kandidaten, etwa doppelt so viele wie 1996. Nach dem mongolischen Wahlgesetz hat derjenige Kandidat gewonnen, der im Wahlkreis die meisten gültigen Stimmen, mindestens aber 25 Prozent, erhalten hat. Liegt der Anteil unter 25 Prozent, so wird eine Stichwahl erforderlich. Trotz der hohen Zahl der Kandidaten – es kandidierten in den Wahlkreisen bis zu 13 Personen gegeneinander – wurde diese Marke in allen Wahlkreisen übersprungen.

Die Wahl ist nach Einschätzung des Mongolischen Allgemeinen Wahlausschusses insgesamt ordnungsgemäß und ohne ernst zu nehmende Zwischenfälle verlaufen. Dies wurde von 30 Wahlbeobachtern aus zehn Ländern im Wesentlichen bestätigt. Am stärksten war die 19-köpfige Delegation des International Republican Institute aus den USA, die die Wahl in der Hauptstadt Ulan Bator und in sieben Provinzen beobachtete. Proteste in Bezug auf eine unkorrekte Durchführung der Wahl gab es in fünf Wahlkreisen. In keinem der Fälle erfolgte jedoch eine gerichtliche Anfechtung.

Rund 1,2 Millionen Wahlberechtigte waren aufgerufen, die Zusammensetzung des Großen Staatshurals durch allgemeine, freie, direkte und geheime Wahlen neu zu bestimmen. Etwas mehr als eine Million Wähler gaben ihre Stimme ab. Die Wahlbeteiligung ist im internationalen Vergleich relativ hoch. Sie ist jedoch seit den ersten freien Wahlen zum Großen Staatshural von 1992 kontinuierlich abgesunken und zwar von 95,6 Prozent (1992) über 92,1 Prozent (1996) auf jetzt 82,4 Prozent. Besonders gegenüber der Vorwahl zeigt sich eine relativ große Differenz von 9,7 Prozentpunkten.

Der Anteil der gültigen Stimmen ist dagegen gegenüber der Wahl von 1996 von 95,5 auf 97,5 Prozent gestiegen, der der ungültigen Stimmen von 4,4 auf 2,5 Prozent gesunken. Eine Besonderheit des mongolischen Wahlrechts ist, dass auch leere Stimmzettel als gültige Stimmen gewertet werden. Der prozentuale Vergleich zeigt, dass der Anteil der leeren Stimmzettel ebenfalls deutlich geringer geworden ist. Dies ist ein Anzeichen dafür, dass die mongolischen Wähler mit dem geltenden Wahlmodus, der erstmals bei der Vorwahl eingeführt wurde, zunehmend vertrauter geworden sind.

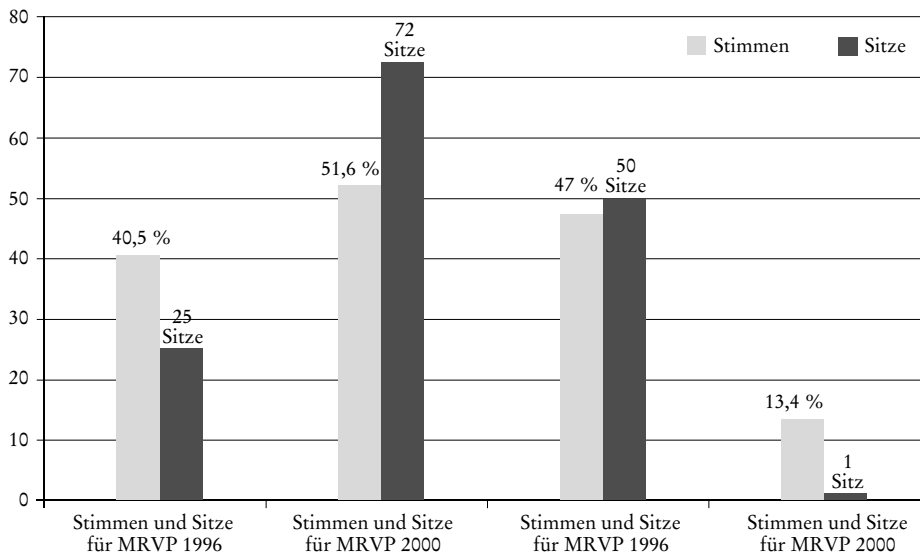
Das prozentuale Ergebnis weist für die MRVP gegenüber der Parlamentswahl von 1996 einen Zuwachs von 11,1 Prozentpunkten auf. Die Partei erreichte 51,6 Prozent der gültigen Stimmen. Aufgrund des die Relationen verzerrenden Mehrheitswahlrechts konnte sie damit 72 der 76 Parlamentssitze (= 95,8 Prozent) gewinnen. Sie hat ihre Stärke im Parlament dadurch fast verdreifacht. Bei der Parlamentswahl von 1996 hatte sie bei einem relativen Stimmenanteil von 40,5 Prozent nur 25 Sitze (= 32,9 Prozent) gewonnen.

■ Vergleich der prozentualen Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1996 und 2000

	1996		2000		Differenz	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wahlberechtigte	1 147 260	-	1 247 033	-	99 773	-
Wähler	1 057 182	92,1	1 027 985	82,4	-29 197	-9,7
gültige Stimmen ¹⁾	1 010 157	95,5	1 002 554	97,5	-7 603	2,0
gültige Stimmen ²⁾	1 006 247	95,2	1 001 134	97,4	-5 113	2,2
ungültige Stimmen	47 025	4,4	25 431	2,5	-21 594	-1,9
Parteien						
MRVP	408 977	40,5	517 746	51,6	108 769	11,1
DU ^{3) 4)}	475 267	47,0	133 890	13,4	-341 377	-34,4
MSDP	-	-	91 663	9,1	91 663	9,1
PCC/MGP	-	-	36 196	3,6	36 196	3,6
MoDP	-	-	18 217	1,8	18 217	1,8
MNSDP	-	-	4 077	0,4	4 077	0,4
MRP	17 581	1,7	41 991	4,2	24 410	2,5
MDNSP	-	-	110 608	11,0	110 608	11,0
Sonstige	73 350	7,2	8 289	0,8	-65 061	-6,4
Unabhängige	31 072	3,1	29 352	2,9	-1 720	-0,2

- 1) gültige Stimmen inkl. Leerstimmen
- 2) gültige Stimmen ohne Leerstimmen
- 3) Demokratische Union 1996: MNDP / MSDP / MRDP / MGP
- 4) Demokratische Union 2000: MNDP / MRDP
- 5) demokratische Parteien zusammengezählt, die aus der DU von 1996 hervorgegangen sind

■ Wahlergebnisse und Sitzverteilung für MRVP und DU 1996/2000



Die übrigen Parteien folgen mit großem Abstand. Von ihnen fand die Demokratische Union (DU) als Wahlbündnis aus MNDP und MRDP noch am meisten Unterstützung. 13,4 Prozent der Wähler stimmten für einen ihrer Kandidaten. Die DU erreichte damit aber nur einen Sitz im Großen Staatshural. Diesen holte ihr ehemaliger Ministerpräsident Narantsatsral in einem Wahlkreis der Provinz Mittelgobi (Dundgov‘).

An dritter Stelle liegt mit 11,0 Prozent die bisher nicht im Parlament vertretene MDNSP, deren Vorsitzender Erdenebat sich in dem Wahlkreis der Hauptstadt Ulan Bator durchsetzen konnte, in dem sein Unternehmenssitz angesiedelt ist.

Das viertbeste prozentuale Ergebnis erzielte die MSDP. Sie erreichte zwar 9,1 Prozent, geht aber bei den Parlamentssitzen leer aus, weil sie sich in keinem der Wahlkreise durchsetzen konnte. Ihre Strategie, aus der Demokratischen Union auszuscheren, hat sich damit nicht ausgezahlt.

Auch die MRP, die 4,2 Prozent der gültigen Stimmen erzielte, konnte keinen ihrer Kandidaten ins Parlament bringen.

Dagegen war die PCC/MGP bei einem landesweiten Stimmenanteil von nur 3,6 Prozent mit ihrer Vorsitzenden S. Oyun in einem Wahlkreis der Provinz Dornod erfolgreich. Oyun ist die Schwester des ermordeten Politikers Zorig. Sie kandidierte in Zorigs Wahlkreis, den Sie schon bei der Nachwahl nach dessen Tod, damals noch als unabhängige Kandidatin, gewonnen hatte.

Alle übrigen Parteien erreichten weniger als zwei Prozent. Die unabhängigen Kandidaten erzielten zusammen 2,9 Prozent. Von ihnen konnte aber nur einer ein Parlamentsmandat erringen. Dies ist der in Ulan Bator, aber auch in Deutschland tätige Unternehmer Gundalai, der sich in einem Wahlkreis seiner Heimatprovinz Hövsgöl durchsetzte.

Die MRVP hat jetzt mit über 95 Prozent der Parlamentssitze eine Mehrheit, die es bei Einigkeit ihrer Parlamentarier erlaubt, ohne nennenswerten Widerstand im Parlament jeden von ihr initiierten Gesetzesentwurf durchzubringen und sogar die Verfassung zu ändern. Sie ist im Parlament die einzige Kraft mit Fraktionsstatus. Ihren 72 Parlamentsabgeordneten steht eine Opposition von vier Abgeordneten aus

unterschiedlichen politischen Richtungen gegenüber. Damit ist die parlamentarische Opposition praktisch machtlos. Eine Kontrolle der Regierung kann jetzt nur von außerhalb des Parlaments z. B. durch den Staatspräsidenten, der im kommenden Jahr neu gewählt wird, vor allem aber durch eine aktive Zivilgesellschaft und eine kritische Presse erfolgen.

Insgesamt deutet das Wahlergebnis an, dass die Zersplitterung des Parteiensystems sich unter den Bedingungen des geltenden Mehrheitswahlrechts sehr ungünstig auf die Stärke der seit 1990 entstandenen Parteien und Parteigruppierungen ausgewirkt hat. Die MRVP hätte zwar in jedem Fall einen Regierungswechsel erreicht, aber bei Zusammenarbeit der übrigen Kräfte nicht die Stärke, die sie jetzt im neuen Parlament hat.

Der Zerfall der ehemaligen Regierungskoalition hat dies noch verschärft. Zählt man die Stimmen zusammen, die für die Parteien der ehemaligen Demokratischen Union von 1996 abgegeben wurden (MNDP /MRDP (=DU2000), MSDP und die aus ihnen hervorgegangenen Parteien PCC, MoDP und MNSDP), so kommt man auf folgende Modellrechnung:

- Bei weiterer Zusammenarbeit hätte die DU von 1996 bei der Wahl zwar 18,7 Prozentpunkte verloren, aber immer noch einen gemeinsamen Anteil von 28,3 Prozent erreicht.
- Sie hätte in den einzelnen Wahlkreisen unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts neun Parlamentssitze gewonnen und damit Fraktionsstatus erzielt. Hätten nur MNDP und MSDP ihre Zusammenarbeit fortgesetzt, so hätten sie immerhin noch vier Mandate gewonnen.
- Wären die aus der Demokratiebewegung hervorgegangenen Parteien auf den Vorschlag der MSDP eingegangen, das Verhältniswahlrecht einzuführen, so hätten die fünf Parteien zusammen etwa 21 Sitze erreicht. MNDP und MSDP hätten bei Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit dann immerhin noch 17 Sitze erzielt.

Die Anordnung nach ländlichen und städtischen Wahlkreisen zeigt dabei, dass die MRVP in den 51 ländlichen Wahlkreisen insgesamt etwas erfolgreicher war, als in den 25 städtischen. Ihre stärkste Unterstützung findet sie in den Wahlkreisen der Provinzen Bulgan (70,5 Prozent), Gov'-Sumber (66,1

In den einzelnen Provinzen (Aimags) erhielten die Parteien folgende Stimmen und Mandate:
Stimmen und Mandate in Provinzen (Aimags) und städtischen und ländlichen Wahlkreisen

Aimags (Provinz bzw. Stadt)	gültige Stimmen incl. Leerst.	MRVP		DU		MSDP		PCC		MDNSP		Sonstige		Unabhängige	
		Stimmen %	Mandate	Stimmen %	Mandate	Stimmen %	Mandate	Stimmen %	Mandate	Stimmen %	Mandate	Stimmen %	Mandate	Stimmen %	Mandate
Arhangay (3)	43 899	44,8	3	12,7	-	23,4	-	0,8	-	11,3	-	5,9	-	1,1	-
Bayan-Olgii (3)	37 904	52,2	3	8,5	-	12,3	-	3,2	-	9,8	-	13,8	-	-	-
Bayanhongor (3)	38 682	43,7	3	16,1	-	10,0	-	3,2	-	13,4	-	5,5	-	8,0	-
Bulgan (2)	28 710	70,5	2	3,7	-	8,9	-	5,5	-	9,6	-	1,7	-	0,0	-
Gov'-Altai (2)	31 046	51,8	2	5,0	-	11,8	-	0,5	-	9,1	-	6,4	-	15,3	-
Gov'-Sumber (1)	13 207	66,1	1	7,0	-	5,4	-	-	-	18,9	-	2,3	-	-	-
Dornogov' (1)	15 906	46,3	1	4,0	-	6,5	-	2,5	-	5,3	-	5,3	-	30,0	-
Dornod (3)	31 432	46,7	2	15,3	-	1,5	-	23,7	1	6,5	-	6,2	-	-	-
Dundgov' (2)	22 975	38,8	1	37,3	1	3,4	-	5,1	-	7,8	-	7,4	-	-	-
Dzavhan (3)	43 126	60,4	3	13,6	-	12,4	-	3,8	-	8,2	-	1,5	-	-	-
Övörhangay (4)	51 917	49,5	4	25,2	-	7,6	-	0,5	-	9,7	-	7,3	-	-	-
Ömnögov' (2)	22 978	53,9	2	33,3	-	1,2	-	0,9	-	4,2	-	6,4	-	-	-
Sühbaatar (2)	27 779	49,3	2	13,9	-	2,6	-	3,6	-	12,2	-	15,4	-	2,9	-
Selenge (3)	42 741	50,2	3	16,5	-	11,9	-	2,3	-	8,1	-	6,2	-	4,3	-
Töv (4)	42 612	59,0	4	14,1	-	6,4	-	2,8	-	12,5	-	5,1	-	0,0	-
Uvs (3)	38 320	60,7	3	6,4	-	7,6	-	7,1	-	9,9	-	7,5	-	0,7	-
Hovd (3)	39 501	54,5	3	19,2	-	4,7	-	0,5	-	12,9	-	6,6	-	1,5	-
Hövsгүй (4)	56 482	44,1	3	5,5	-	15,9	-	0,9	-	15,0	-	5,4	-	13,0	1
Hentiy (3)	31 530	49,4	3	23,1	-	9,8	-	0,5	-	9,2	-	2,2	-	5,7	-
Zwischensumme für 51 ländliche Wahlkreise	660 747	52,2	48	14,8	1	8,6	-	3,7	1	10,2	-	6,2	-	6,9	-
Darhan-Uul (3)	31 340	49,2	3	29,1	-	3,5	-	1,8	-	9,3	-	6,7	-	0,2	-
Orhon/Erdenet (2)	28 113	46,7	2	5,6	-	18,1	-	2,6	-	15,6	-	6,8	-	4,5	-
Ulan Bator (20)	282 354	52,1	19	9,4	-	8,0	-	4,4	-	12,3	1	12,8	-	0,8	-
Zwischensumme für 25 städtische Wahlkreise	341 807	49,3	24	14,7	-	9,9	-	2,9	-	12,4	1	8,8	-	1,8	-
Gesamtsumme aller 76 Wahl- kreise	1 002 554	51,6	72	13,4	1	9,1	-	3,6	1	11,0	1	8,2	-	2,9	1

Prozent), Uws (60,7 Prozent), Dzavhan (60,4 Prozent) und Töv (59,0 Prozent).

Betrachtet man die Gewinne und Verluste gegenüber der Vorwahl, so ergibt sich aber, dass die Zugewinne der Partei in den Gebieten der drei großen Städte Ulan Bator, Darhan und Erdenet weitaus höher sind (+16,4 Prozentpunkte) als in ländlichen Wahlkreisen (+7,3 Punkte). In den ländlichen Regionen hatte sie darüber hinaus nicht nur Gewinne, sondern auch Verluste. Außerordentlich große Gewinne sind in den Provinzen Bulgan (+32,5 Prozentpunkte), Hentiy (+21 Punkte) und Südgobi (Ömnögovi: +17,0 Punkte) zu verzeichnen. In den Provinzen Dorngov' (-15,4 Punkte) und Gov'-Altai (-12,0 Punkte) verlor sie dagegen relativ stark. Dies sind die Hauptzentren des Handels mit Kaschmirwolle, die von der Liberalisierung der Handelspolitik unter der Regierung der Demokratischen Union besonders profitiert hatten.

Umgekehrt zeigt sich für die Parteien der alten Demokratischen Union von 1996, dass sie besonders drastisch in den städtischen Gebieten einbrachen. Sie verloren hier 25,0 Prozentpunkte, in den ländlichen Gebieten dagegen 16,8 Prozentpunkte.

■ Konstituierung des Parlaments und Regierungsbildung

Das neu gewählte Parlament trat am 19. Juli zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Zum Parlamentspräsidenten wurde der Generalsekretär der Mongolischen Revolutionären Volkspartei, Lhamsurenjin Enebish gewählt. Enebish, geb. 1947, ist ein erfahrener Parlamentarier, der schon früher hohe Ämter bekleidet hat. Zwischen 1977 und 1992 machte er eine kommunalpolitische Karriere in der Hauptstadt Ulan Bator, wo er bis zum Vorsitzenden des Präsidiums der Stadtverordnetenversammlung aufstieg. Bei der Parlamentswahl von 1992 wurde er als Abgeordneter in den Großen Staatshural gewählt. In der damaligen Regierung war er Erster Stellvertreter Ministerpräsident. Er ist seit 1973 MRVP-Mitglied. In seiner Partei gilt er als starker integrierender Faktor. 1996 wählte ihn die Partei zu ihrem Generalsekretär. In dieser Eigenschaft erweiterte er die Außenbeziehungen seiner Partei und verschaffte ihr internationale Anerkennung. Darstellungen der Medien zufolge ist

■ Gewinne und Verluste in Provinzen (Aimags) und städtischen und ländlichen Wahlkreisen

Aimag (Provinz bzw. Stadt)	MRVP			DU		
	1996	2000	%	1996	2000 ^{*)}	%
Arhangay (3)	33,8	44,8	11,0	55,0	40,7	-14,3
Bayan-Ölgiy (3)	53,4	52,2	-1,2	37,2	34,7	-2,5
Bayanhongor (3)	31,3	43,7	12,4	61,6	31,9	-29,7
Bulgan (2)	38,0	70,5	32,5	48,3	18,1	-30,2
Gov'-Altai (2)	63,8	51,8	-12,0	24,6	17,7	-6,9
Gov'-Sumber (1)	61,8	66,1	4,3	-	12,5	-
Dornogov' (1)	61,7	46,3	-15,4	37,5	13,0	-24,5
Dornod (3)	37,0	46,7	9,7	60,8	44,0	-16,8
Dundgov' (2)	36,3	38,8	2,5	41,5	46,2	4,7
Dzavhan (3)	46,6	60,4	13,8	51,7	30,5	-21,2
Övörhangay (4)	41,7	49,5	7,8	46,9	35,5	-11,4
Ömnögov' (2)	36,9	53,9	17,0	52,5	36,3	-16,2
Sühbaatar (2)	40,1	49,3	9,2	34,4	27,7	-6,7
Selenge (3)	39,5	50,2	10,7	52,9	31,4	-21,5
Töv (4)	46,8	59,0	12,2	46,1	23,8	-22,3
Uvs (3)	62,1	60,7	-1,4	20,0	21,2	1,2
Hovd (3)	55,3	54,5	-0,8	37,1	25,8	-11,3
Hövsögöl (4)	39,4	44,1	4,7	52,1	24,6	-27,5
Hentiy (3)	28,4	49,4	21,0	62,8	33,7	-29,1
Zwischen- summe für 51 ländliche Wahlkreise	44,9	52,2	7,3	45,7	28,9	-16,8
Darhan-Uul (3)	29,7	49,2	19,5	55,1	35,3	-19,8
Orhon/Erdenet(2)	35,1	46,7	11,6	58,2	26,9	-31,3
Ulan Bator (20)	34,0	52,1	18,1	48,6	24,6	-24,0
Zwischen- summe für 25 städtische Wahlkreise	32,9	49,3	16,4	54,0	28,9	-25,0
Gesamt- summe aller 76 Wahlkreise	40,5	51,6	11,1	47,0	28,3	-18,7

*) demokratische Parteien zusammengesamt, die aus der DU von 1996 hervorgegangen sind.

der Beitritt der MRVP zur Sozialistischen Internationale besonders auf seine Aktivitäten und sein Verhandlungsgeschick zurückzuführen.

Stellvertretender Parlamentspräsident ist Jamsran-giin Byambadorj. Er wurde 1954 geboren. Zunächst machte er eine wissenschaftliche Karriere als Dozent für Politik- und Gesellschaftswissenschaften an verschiedenen mongolischen Hochschulen. Seit 1992 ist er ununterbrochen Parlamentsmitglied. Er arbeitete maßgeblich am Entwurf der neuen Verfassung von 1992 mit und verfasste wissenschaftliche Arbeiten zu den Themenkreisen Demokratie, Staatsaufbau und Menschenrechte.

Das neue Parlament hat sieben ständige Ausschüsse und fünf Unterausschüsse. Diese und ihre Vorsitzenden gehen aus folgendem Schaubild hervor:

■ Struktur des Parlaments

1. Vorsitzender: L. Enebisch
2. Stellvertretender
Vorsitzender: J. Byambadorj

3. Ständige Ausschüsse und ihre Vorsitzenden:

(In Klammern Zahl der im Ausschuss mitarbeitenden Abgeordneten)

Staatsaufbau (24)	→	Demberel, Damingiin
Wirtschaft (23)	→	Ochirkhuu, Tuvdengiin
Sicherheit u. Außenpolitik (21)	→	Lundeejantsan, Danzangiin
Recht (16)	→	Sharavdorj, Tserenkhugiin
Sozialpolitik (23)	→	Gandi, Tugsjargalyn
Haushalt (25)	→	Bayartsaihkan, Nadmidyn
Umwelt u. Ländliche Entwicklung (19)	→	Gungaadorj, Sharavyn

4. Unterausschüsse und ihre Vorsitzenden:

Sonderaufsicht (3)	→	Bazarsad, Daschbalbaryn
Ethik (8)	→	Gundalai, Lamjavyn
Kommunale Selbstverwaltung (8)	→	Tsogtbaatar, Rentsendorjiin
Aufsicht für Haushalt (9)	→	Tseveenjav, Derjeegiin
Menschenrechte (7)	→	Tumur, Sorogjoogiin

Zum Ministerpräsidenten wurde am 26. Juli der Vorsitzende der MRVP und ihr Erneuerer Nam-baryn Enkhbayar gewählt. Enkhbayar, geb.1958, studierte Literaturwissenschaften in Moskau. Von 1980 bis 1990 war er Übersetzer-Herausgeber, Sektions- und Abteilungsleiter, Sekretär beim Mongolischen Schriftstellerverband und Vizevorsitzender der Mongolischen Übersetzer Union. Von 1990 bis 1992 arbeitete er als Erster Stellvertretender Vorsitzender des Entwicklungskomitees für Kultur und Kunst im Auftrag der Regierung. 1992 wurde er zum Parlamentsabgeordneten gewählt und hatte in der Legislaturperiode von 1992 bis 1996 den Ministerposten für Kultur inne. Nach der Niederlage seiner Partei bei den Wahlen von 1996 übernahm er die Stelle des Generalsekretärs der MRVP. Nachdem der damalige Parteivorsitzende Bagabandi 1997 zum Staatspräsidenten gewählt worden war, und deshalb sein Parteiamt und seinen Sitz im Parlament niederlegen musste, konnte Enkhbayar an seiner Stelle auch die Parteiführung übernehmen und die Nachwahl zum Parlament gewinnen. Im Parlament wurde er Fraktionsvorsitzender der MRVP. In seiner Antrittsrede gab Enkhbayar eine Erklärung zu seiner Regierungspolitik ab. Diese war ein Bekenntnis zur Fortsetzung des eingeschlagenen Weges zur Demokratisierung des Landes, zur Entwicklung der Marktwirtschaft und zur Vertiefung der internationalen Beziehungen.

Am 9. August 2000 bestätigte das mongolische Parlament das vom Ministerpräsidenten nominierte Kabinett. Gegenüber der vergangenen Regierung zeichnet sich dieses durch eine klarere Zuordnung der einzelnen Aufgabenbereiche zu den Ressorts aus. Die Bereiche Industrie und Landwirtschaft, die vorher in einem Ministerium vereint waren, werden jetzt wieder durch zwei getrennte Ministerien vertreten. Außerdem wird der Bereich Gesundheit, der vorher zum Sozial- und Arbeitsministerium gehörte, ebenfalls als gesondertes Ministerium geführt. Dadurch erhöht sich die Zahl der Ressortminister von neun auf elf. Zusätzlich wurde der Leiter des Regierungsamtes in den Ministerstatus erhoben, sodass die neue Regierung aus dem Ministerpräsidenten und zwölf Ministern besteht. Wieder eingeführt wurden die von der vorherigen Regierung abgeschafften Ämter der

Stellvertretenden Minister. Die Positionen der Staatssekretäre bleiben erhalten. Damit wurde der Regierungsapparat personell vergrößert. Dagegen ist die Zahl der zur Regierung gehörenden Behörden von 57 auf 47 reduziert worden.

Die Kabinettszusammensetzung zeigt, dass sich Ministerpräsident Enkhbayar gegenüber dem orthodoxen Flügel seiner Partei und damit auch gegenüber dem Staatspräsidenten Bagabandi behaupten und fast ausschließlich Repräsentanten des reformorientierten Flügels durchsetzen konnte. Trotz des Regierungswechsels sind damit die Aussichten gut, dass der politische und wirtschaftliche Transformationsprozess in der Mongolei weiter fortgeführt wird.

Bei der Zusammenstellung seines Kabinetts ließ sich Enkhbayar von dem Prinzip leiten, solche Personen auszuwählen, die für ihre Fachkompetenz und Erfahrung auf den entsprechenden Gebieten bekannt sind. So dienten Finanz- und Wirtschaftsminister Ulaan, Justiz- und Innenminister Nyamdorj, Umweltminister Barsbold, Infrastrukturminister Jigjid und Gesundheitsminister Nyamdavaa in früheren MRVP-Regierungen in diesen Bereichen als Minister oder stellvertretende Minister. Umweltminister Barsbold war früher stellvertretender Minister für Handel und Industrie. Außenminister Erdenechuluun fungierte als permanenter Vertreter der Mongolei bei den Vereinten Nationen. Landwirtschaftsminister Nasanjargal war Direktor eines landwirtschaftlichen Unternehmens, das im vergangenen Jahr die größte Ernteleistung erbracht hatte.

Die Regierungsbildung dauerte verhältnismäßig lange, weil sie mit dem Staatspräsidenten sorgfältig abgestimmt werden musste. Verzögernd wirkte dabei auch ein Disput zwischen dem Parlament und dem Verfassungsgericht über die Rechtsgültigkeit der während der vorausgegangenen Legislaturperiode beschlossenen Änderungen und Ergänzungen der Verfassung. Ein wesentlicher Passus ist nach der neuen Regelung, dass Parlamentarier Regierungsämter bekleiden dürfen, was nach der Auslegung der alten Verfassungsregelung durch das Gericht nicht zulässig war. Das Gericht hatte in einem Gutachten die Ende 1999 beschlossenen Änderungen aus formalen Gründen als nicht verfassungskonform abgelehnt. Das Parlament stellte dagegen fest, dass es nicht Auf-

Struktur der Regierung

Die Ressorts und die für sie zuständigen Minister, stellvertretenden Minister und Staatssekretäre gehen aus dem Schaubild hervor:



gabe des Verfassungsgerichts sei, über die Verfassung selbst zu entscheiden und verhinderte durch die Ablehnung der in der Verfassung vorgesehenen Stellungnahme zum Gutachten eine Entscheidung des Gerichts, die nach der Verfassung dann endgültig gewesen wäre. Der Konflikt zwischen Verfassungsgericht und Parlament bleibt damit ungelöst, weil die Entscheidung des Verfassungsgerichts blockiert ist. Das Parlament bewertet den „Fall“ der Verfassungsänderung aber als endgültig erledigt – mit der Begründung, dass das Verfassungsgericht sein Recht überschritten habe, indem es ein nicht zu seinem Aufgabenbereich gehörendes Gutachten angeordnet habe. Nach der bisherigen Entwicklung scheint damit der Machtkampf zwischen dem Parlament und dem Verfassungsgericht vorerst zugunsten des Parlaments entschieden worden zu sein.

Die Kabinettsbildung spiegelt die neue Verfassungsregelung wider. Allerdings sind nur der Ministerpräsident und vier der zwölf Minister Parlamentarier; acht Minister wurden dagegen außerhalb des Parlaments rekrutiert.

■ Bewertung und Ausblick

Auf den ersten Blick signalisiert das Wahlergebnis, dass die politische Entwicklung der Mongolei dem Muster folgt, das in anderen Transformationsländern des ehemaligen kommunistischen Blocks zu beobachten ist: Nach Abkehr vom kommunistischen System erfolgt eine Enttäuschung über die Transformationsfolgen und ein konservativer *backlash*, häufig mit dem Ruf nach starker Führung. Für die Mongolei greift diese Interpretation jedoch zu kurz, denn sie ist unter den Transformationsländern nach wie vor ein Ausnahmefall. Anders als in den übrigen Ländern blieb die kommunistische Partei nach Einführung des Mehrparteiensystems und der neuen Verfassung zunächst an der Macht und war selbst Träger des Transformationsprozesses. Eine Reaktion der mongolischen Wähler auf die negativen Folgen der von der MRVP initiierten und durchgeführten Transformation erfolgte bereits bei der Parlamentswahl von 1996, als die MRVP von der Regierung abgelöst und durch die Regierung der Demokratischen Union ersetzt wurde. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde deutlich, dass die mongolische Bevölkerung nicht zu

früheren Verhältnissen zurückkehren wollte, sondern den eingeschlagenen Weg zur politischen und wirtschaftlichen Transition des Landes befürwortete und lediglich eine kompetentere Regierung zur Durchführung der Transitionsschritte wünschte. Mit der Regierungsbildung im Jahre 1996 kam die Transitionphase in der Mongolei zu ihrem Abschluss und die Phase der Konsolidierung des neuen Systems begann.⁵⁾

5) Vgl. dazu Verena Fritz, *Doppelte Transition in der Mongolei. Politischer und wirtschaftlicher Wandel unter dem Einfluss ausländischer Geber*, LIT-Verlag, Münster 1999.

6) Sant Maral Stiftung, Frühjahrsbefragung 2000, Ulan Bator, Mai 2000.

Auch der erneute Regierungswechsel im Jahr 2000 deutet keine Abkehr der Wähler vom demokratischen und marktwirtschaftlichen System an. Nach wie vor äußern sich in Umfragen ca. 90 Prozent der Befragten als davon überzeugt, dass die Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft richtig war.⁶⁾ Die Wähler reagierten lediglich erneut auf eine Regierungsleistung, die sie für unzureichend hielten und entschieden sich für die Kandidaten einer erneuerten Opposition, der sie eher zutrauen, die Probleme des Landes zu lösen. Dies zeigt, dass die mongolischen Wähler ihre Rolle als politischer Souverän gelernt haben und Gebrauch von ihr machen. Die Tatsache, dass die MRVP nicht einfach ihre Blockadepolitik fortsetzte und abwartete, bis die DU-Regierung stürzt, sondern sich personell und programmatisch wandelte, um in Zukunft bessere Chancen bei den Wählern zu haben, zeigt ebenso, dass sie bereit war, das Prinzip der demokratischen Konkurrenz zu akzeptieren und aus ihrer Niederlage die Konsequenzen zu ziehen. Insgesamt sind beide Entwicklungen ein Beweis dafür, dass das demokratische Prinzip der Vergabe von Macht auf Zeit und der Konkurrenz politischer Kräfte in der Mongolei funktioniert. In dieser Hinsicht ist die Konsolidierungsphase des Systemwechsels damit bisher weitgehend positiv verlaufen.

Als Problem stellt sich jedoch heraus, dass der bis Mitte der neunziger Jahre so erfolgreich verlaufene Prozess der Vereinigung der demokratischen Kräfte nicht weiter fortgeschritten ist, sondern sich ins Gegenteil verkehrt hat. Gingen viele Beobachter 1996 noch davon aus, dass sich die die Regierung bildenden Parteien MNDP und MSDP in Zukunft zu einer einzigen starken politischen Kraft vereinigen würden, die ein dauerhaftes Gegengewicht zur MRVP darstellt, so führten die Rivalitäten in der Regierung

rasch zur Destabilisierung der Koalition mit den beschriebenen Zerfallserscheinungen in kleine und kleinste Einzelgruppierungen. Hinzu kommt, dass in den vergangenen Jahren als Reaktion auf die Schwächen der Regierung neue Parteien gegründet wurden, die auf Wählergruppen zielen, welche sowohl mit der MRVP als auch mit den beiden Parteien der DU-Koalition unzufrieden sind. Nach der Wahl steht damit der Konkurrenz einer Vielzahl von Klein- und Kleinstparteien eine übermächtige MRVP gegenüber, die über 50 Prozent der Wähler repräsentiert. Das mongolische Parteiensystem ist damit stark asymmetrisch. In Anbetracht des geltenden Mehrheitswahlrechts ist die Chance für einen Machtwechsel, die für die demokratische Konkurrenz der Parteien besonders wichtig ist, zur Zeit nur in sehr geringem Umfang gegeben. Um zu einem alternierenden Regierungssystem zu kommen, ist ein politisches Gegengewicht unbedingt erforderlich. Ein mittelfristiger Weg dazu wäre, dass die jetzt zersplitterten Kräfte Koalitionen nicht nur Zweckbündnisse für eine bestimmte Wahl eingehen, sondern auf Dauer zusammenarbeiten. Ein langfristiger und schwierigerer Weg wäre die ruinöse Konkurrenz dieser Parteien um die Wähler, aus der am Ende ein oder zwei Parteien als Sieger hervorgehen. Welcher Weg auch immer beschritten wird, MNDP und MSDP haben in diesem Prozess die größten Chancen, die Führungsrolle zu übernehmen, weil sie über die am weitesten entwickelten Parteiorganisationen und die erfahrensten Politiker verfügen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sie aus ihrer Wahlniederlage die richtigen Schlüsse ziehen und aktiv umsetzen. Ihre zukünftige Existenz, aber auch die weitere Konsolidierung des demokratischen Systems der Mongolei wird wesentlich davon abhängen.

Das Manuskript wurde am 24. September 2000 abgeschlossen.